



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Ausschuss für Umwelt und Energie**

Sitzungsort : **59302 Oelde, Großer Ratssaal**

Sitzungstag : **Dienstag, 02.12.2014**

Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**

Sitzungsende : **19:45 Uhr**

Vorsitz

Frau Marita Brommann

Teilnehmer

Herr Norbert Austrup

Herr Hubert Bleß

Herr Eugen Gette

Herr Peter Haferkemper

Herr Holger Kummer

Frau Elisabeth Meinders-Koeper

Frau Anna Gertrud Nordhus

Herr Uwe Opitz

Herr Thomas Populoh

Herr Holger Schramm

Herr Wolfgang Sibbing

Frau Svea Stehmann

Ab 18:08 Uhr anwesend.

Herr Siegfried Uthmann

Herr Steffen Vollenkemper

Herr Albert Vrajolli

Herr Florian Westerwalbesloh

Bis 18:20 Uhr anwesend.

Herr Michael Zummersch

Verwaltung

Herr Matthias Abel

Herr Reinhold Becker

Herr Andreas Langer
Herr Ralf Schlüter

Schriftführerin

Frau Petra Dieckmann

Gäste

Frau Dorothee Kohlen

Stadt Rheda-Wiedenbrück, Leitstelle Umwelt,
Umweltberaterin

Herr Andreas Meschede

Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises
Warendorf mbH (AWG)

es fehlten entschuldigt:

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung

Seite:

1. Befangenheitserklärungen
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.09.2014
3. Einführung Wertstofftonne „nächste Schritte“
Vorlage: B 2014/661/3165
4. Vortrag über den "Fairtrade-Handel"
Vorlage: M 2014/012/3170
5. Sachstandsbericht zu geplanten Baum- und Strauchpfllegemaßnahmen
Vorlage: M 2014/012/3183
6. Vorstellung der Ergebnisse der 4. Fortschreibung des Energieberichts für
das Jahr 2013
Vorlage: M 2014/012/3171
7. Verschiedenes
 - 7.1. Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.2. Anfragen an die Verwaltung

Die Vorsitzende Frau Brommann eröffnet um 17:30 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, den technischen Beigeordneten Herrn Abel, die Verwaltungsmitarbeiter, die interessierten Bürger und ganz besonders die Referenten Herrn Meschede von der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH (AWG) und die Umweltberaterin der Stadt Rheda-Wiedenbrück Frau Kohlen.

Frau Brommann stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Umwelt, Energie und Mobilität beschlussfähig ist.

Der Tagesordnungspunkt 4 wird vorgezogen und der Tagesordnungspunkt 3 wird zu 4. Die Ausschussmitglieder des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität stimmen einstimmig zu.

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

In der Sitzung werden keine Befangenheitserklärungen abgegeben.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.09.2014

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung vom 16.09.2014 wird bei 3 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

3. Einführung Wertstofftonne „nächste Schritte“ Vorlage: B 2014/661/3165

Sachverhalt:

Herr Schlüter führt aus:

„Seit dem Jahr 2010 befassen sich die Städte und Gemeinden des Kreises Warendorf mit der Einführung einer Wertstofftonne. Unterschiedlichste Gutachten (INFA oder AWG), Arbeitskreise und Bürgermeisterkonferenzen haben mögliche Synergien in der Abfallwirtschaft erarbeitet. Jetzt liegen erste Ergebnisse vor und es bedarf einer grundlegenden Beschlussfassung zur zukünftigen Wertstofftonnefassung.“

Die Ablösung des Gelben Sacks durch eine einheitliche Wertstofftonne lässt sich zunächst nicht kostenneutral darstellen: Nach bisherigen Berechnungen würde eine Umstellung 1,84 Euro pro Einwohner und Jahr kosten, wobei sich der Abfuhrhythmus von 2 auf 4 Wochen verlängern wird.

Eine 14-tägige Leerung der Wertstofftonne wäre zwar grundsätzlich kreiseinheitlich möglich, jedoch würde seitens der Systembetreiber (DSD) lediglich eine vierwöchentliche Leerung finanziert. Die zusätzliche Leerung wäre von den Städten und Gemeinden allein zu finanzieren. Die Kosten für die Wertstofftonne würden dadurch bei einer 14-tägigen Leerung auf 5,69 € pro Einwohner/Jahr steigen. Die Erfahrungen aus anderen Kreisen zeigen, dass eine vierwöchentliche Abfuhr ausreichend ist.

Der kommunale Anteil von Wertstoffen (stoffgleiche Nichtverpackungen) in einer Wertstofftonne liegt nach bundesweiten Sortieranalysen bei rund 20 Prozent. Somit ergibt sich, dass die Kommunen die finanzielle Verantwortung für den Anteil von 20 Prozent auf jeden Fall tragen müssen. Ob sich Synergieeffekte durch die Einsparung von Restmüllvolumen ergeben werden ist noch offen, bisherige Erfahrungen konnten dies bisher nicht eindeutig belegen.

Da das System der Verpackungsentsorgung privatwirtschaftlich organisiert ist, müssen sich die Städte und Gemeinden mit den zuständigen Systembetreibern über die Einführung einer Wertstofftonne einig werden. Die Systembetreiber verhandeln nicht mit jeder Kommune einzeln, daher übernimmt die AWG stellvertretend für die 13 Kommunen im Kreis Warendorf die Gespräche.

Sofern die grundsätzliche Bereitschaft aller 13 Städte und Gemeinden zur Einführung der Wertstofftonne zum 01.01.2016 vorhanden ist (entsprechende Absichtserklärungen müssen bis Ende des Jahres 2014 vorliegen damit der Zeitfahrplan eingehalten werden kann), werden die folgenden Maßnahmen eingeleitet:

- Die von der AWG geführten Gespräche mit den Systembetreibern werden weiter konkretisiert. Ziel: Abstimmungsvereinbarung.
- Die Städte und Gemeinden übertragen Sammlung und Transport der Wertstoffe auf den Kreis Warendorf, damit die AWG Kommunal, die kreiseinheitliche Organisation vornehmen kann. Dazu wird den Städten und Gemeinden die GkG-Vereinbarung gemeinsam mit der Systembeschreibung Wertstofftonne Anfang 2015 vorgelegt.
- Die Öffentlichkeitsarbeit zur Einführung der Wertstofftonne wird von der AWG in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden organisiert.

Da die Stadt Oelde bereits im Jahr 2012 die Sammlung und den Transport von Restabfällen (dazu zählen auch sogenannte „stoffgleiche Nichtverpackungen“) auf den Kreis Warendorf übertragen hat, ist der Abschluss einer neuen GkG-Vereinbarung nicht erforderlich, lediglich müsste das Leistungsverzeichnis der alten GkG-Vereinbarung angepasst werden.“

Herr Meschede von der AWG bedankt sich für die Einladung und freut sich, den Ausschussmitgliedern das Thema „Wertstofftonne“ näher zu bringen.

Er berichtet, dass sich die AWG schon seit längerem mit der Frage beschäftigt, ob zeitnah ein Wertstoffgesetz eingeführt wird oder nicht. Die AWG wartet ab, hat aber ein Infa-Gutachten erstellen lassen, um die Frage beantworten zu können, was an dem System Abfalltrennung verbessert werden kann.

In diesem Zusammenhang wurde ein System mit einer Wertstofftonne geprüft und für gut befunden hat. Herr Meschede weist aber darauf hin, dass es weiterhin eine Restmülltonne geben muss und zusätzlich eine 240L – Wertstofftonne, die alle vier Wochen geleert werden soll.

Weiter führt er aus, dass die AWG einen Test absolviert hat, der belegt, dass in eine 240L–Wertstofftonne fünf bis sechs Gelbe Wertstoffsäcke entsorgt werden können und somit eine vierwöchige Abfuhr kein Problem darstellen sollte. Er sagt, dass auf der nächsten Folie zu erkennen sei, welcher Abfall über die Wertstofftonne entsorgt werden muss. (Siehe Anlage 1)

Herr Meschede erläutert, dass für die Einführung der Wertstofftonne alle Städte und Gemeinden des Kreises Warendorf diesem System bis Januar 2015 zustimmen müssen, wenn die Wertstofftonne zum 01.01.2016 eingeführt werden soll.

Herr Meschede gibt den Hinweis, dass sich die Städte und Gemeinden an den Kosten der

Wertstofftonne beteiligen müssen, d. h. jeder Einwohner muss mit einer Mehrbelastung von ca. 1,84 € pro Jahr bei einer vierwöchigen Abfuhr rechnen. Bei einer zweiwöchigen Abfuhr würden die Kosten bei ca. 5,69 € pro Einwohner und Jahr liegen. Er führt aus, dass diese Mehrkosten von ca. 1,84 € pro Einwohner und Jahr sehr gering sind im Vergleich zu anderen Nebenkosten wie z. B. Urlaubskosten oder Handykosten. Und der Vorteil für die AWG sei, das einheitliche Erfassungssystem, durch dieses sich ein hochwertiges Recycling ermöglichen lässt.

Herr Westerwalbesloh bedankt sich bei Herrn Meschede für den Vortrag und fragt, was geschieht, wenn es keine einstimmige Mehrheit für die Einführung der Wertstofftonne gibt?

Herr Meschede antwortet, dass die Systembetreiber kreisweit ausschreiben möchten, d. h. es sollte eine einstimmige Mehrheit geben, ansonsten müssten neue Verhandlungsgespräche geführt werden.

Herr Abel dankt Herrn Meschede ebenfalls für den Vortrag und fragt, warum die jetzigen Kosten für die Fehlwürfe von den Systembetreibern übernommen werden und nach Einführung der Wertstofftonne die Stadt die Kosten der Fehlwürfe tragen muss?

Herr Meschede antwortet, dass diese Kosten der Fehlwürfe in Zukunft die Stadt übernehmen soll, so wurde dies mit den Systembetreibern ausgehandelt und akzeptiert. Hier handele es sich um eine geringe Mehrbelastung.

Herr Abel fragt, ob es in naher Zukunft nur noch ein Abfallgefäß geben wird, da die Sortieranlagen stets modernisiert werden?

Herr Meschede verneint dies, da das Altpapier und der Biomüll eigene Wege gehen und hochwertiges Recycling nur möglich ist, wenn vorsortiert wird.

Herr Schramm fragt, wie der Anteil der stoffgleichen Nichtverpackungen errechnet wurde?

Herr Meschede antwortet, dass diese 23% ein Erfahrungswert sei, aber bei Abweichungen diesbezüglich eine Einigung auf den jeweiligen Anteil erfolgt.

Herr Abel fragt, warum man nicht wegen der Mehrkosten auf eine Wertstofftonne verzichtet und die Gelbe Tonne einführt, da diese kostenneutral eingeführt werden kann?

Herr Meschede sagt, dass in Gelben Tonnen mehr Fehlwürfe existieren und deshalb die Systembetreiber sich weiterhin für den Gelben Wertstoffsack ausgesprochen haben.

Herr Schramm fragt, ob das Restabfallvolumen dann nicht verringert werden müsste, wenn ein großer Teil des Abfalls in die Wertstofftonne gelangt?

Herr Meschede antwortet, dass es sich nicht um einen riesigen Teil des Abfalls handeln wird, aber da muss nach der Einführung der Wertstofftonne entschieden werden, ob das Restabfallvolumen stark beeinflusst wird oder nicht.

Herr Schlüter fügt an, dass diese Frage noch nicht beantwortet werden kann, da es hierfür zu wenig Erfahrungswerte gibt. Er sagt, dies zeige sich erst Monate nach Einführung der Wertstofftonne.

Herr Westerwalbesloh fragt, wie sich der zeitliche Ablauf der Planungen / Beratungen zur Einführung der Wertstofftonne darstellen?

Herr Abel antwortet, dass dieses Thema als nächstes auf der Tagesordnung des Rates zum 15.12.2014 ansteht und beschlossen werden soll.

Herr Opitz sagt, dass es in der Fraktion Beratungsbedarf gibt und dies heute noch nicht entschieden

werden kann.

Frau Brommann bittet die Ausschussmitglieder bis sich in den Fraktionen zu beraten und zur nächsten Ratssitzung am 15.12.2014 die Entscheidung bekannt zu geben.

Herr Westerwalbesloh fügt an, dass Beratungsbedarf bestehe, dies heute nicht entschieden werden kann, da momentan die Haushaltsplanberatungen an erster Stelle stehen. Und bis zur nächsten Ratssitzung am 15.12.2014 sei zu wenig Beratungszeit.

Herr Meschede gibt die Information, dass sich die Bürgermeister in der letzten Bürgermeisterkonferenz positiv zur Einführung der Wertstofftonne geäußert haben. Und er fügt an, dass bis zum Ende des Jahres eine Tendenz zur Einführung der Wertstofftonne schon genüge.

Frau Brommann erklärt, es kommt heute nicht zum Beschluss, dieser erfolgt in der nächsten Ratssitzung am 15.12.2014.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder haben weiteren Beratungsbedarf. Es erfolgt kein Beschluss, dieser wird auf die nächste Ratssitzung am 15.12.2014 verschoben.

4. Vortrag über den "Fairtrade-Handel" **Vorlage: M 2014/012/3170**

Sachverhalt:

Frau Brommann sagt, dass sich in Oelde ein Initiativkreis „Fair Trade“ gebildet hat und sich die Frage stellt, unter welchen Voraussetzungen Oelde den Titel „Fair Trade Town“ erlangen kann.

Frau Kohlen, Umweltberaterin der Stadt Rheda-Wiedenbrück erläutert, dass Rheda-Wiedenbrück seit dem Jahr 2010 den Titel „Fair Trade Town“ besitzt. Sie führt weiter aus, dass dieser Titel erst für zwei Jahre vergeben wird und sich bei erneuter Erfüllung der Voraussetzungen für weitere vier Jahre verlängert. Sie erklärt, die Steuerungsgruppe „Fair Trade“ habe einen Einkaufsführer entwickelt und Fair Trade Produkte, wie z. B. Emskaffee, Schokolade oder Blumen in die Geschäfte und öffentlichen Einrichtungen eingeführt. Weiter führt sie aus, dass das Verfahren folgendermaßen abläuft:

- 1) Ratsbeschluss erfolgt
- 2) Eine Steuerungsgruppe wird gebildet
- 3) Produkte in das Sortiment von Geschäften/öffentlichen Einrichtungen aufgenommen (Je nach Einwohnerzahl wird die Anzahl der Geschäfte/öffentliche Einrichtungen festgelegt)
- 4) Schulen, Vereine, Kirchen müssen Fair Trade Produkte verwenden
- 5) regelmäßige Medienberichte

Es stellt sich die Frage, was die Stadt davon hat, finanzielle Mittel für die Fair Trade Produkte aufzubringen, um dann den Titel „Fair Trade Town“ zu tragen?

Frau Kohlen antwortet, dass dies imagefördernd für die Stadt sei und keine hohen finanziellen Mittel aufgebracht werden müssen, da oft Ehrenamtliche sowie Sponsoren oder Angestellte der Stadtverwaltung unterstützen.

Frau Brommann bedankt sich für diesen Vortrag bei Frau Kohlen.

Herr Abel fragt, wie viel Verwaltungsaufwand für die Erfüllung dieses Projektes einzuplanen sei?

Frau Kohlen sagt, sie könne dies nicht beziffern, aber die Steuerungsgruppe der Stadt Rheda-Wiedenbrück traf sich ca. vier bis sechs Mal im Jahr. Die Aufgaben wurden innerhalb der Steuerungsgruppe aufgeteilt.

Herr Abel fragt, wie hoch das Budget sein muss?

Frau Kohlen sagt, sie habe einen großen Teil der finanziellen Mittel aus dem Bereich der Umweltberatung und einen Teil für die Werbung aus dem Etat des Bürgermeisters entnommen. Und zusätzlich hat die Stadt Rheda-Wiedenbrück einen Sponsor, somit belaufen sich die Kosten auf ein Minimum.

Frau Brommann weist darauf hin, dass sich in Oelde bereits ein Initiativkreis gebildet hat und dieser Unterstützung erwartet.

Herr Opitz sagt, dass es wichtig ist, diese Gruppe zu fördern, aber hohe Beträge aufzubringen, um ein besseres Image zu erzielen, sei fraglich.

Frau Kohlen kann keine konkrete Höhe der benötigten Finanzmittel nennen. Aber der „Emskaffee“ erzielt andererseits auch Einnahmen. Sie sagt, es gehe im Wesentlichen darum, das Bewusstsein der Bürger zu sensibilisieren.

Herr Gette fragt, ob diese Projektverwirklichung mit einem bestimmten Mitarbeiter aus der Verwaltung realisiert werden soll?

Herr Abel antwortet, dass es diesbezüglich noch keine Überlegungen gibt, aber wenn dieser Ausführung des Projektes zugestimmt werden sollte, wird ein Mitarbeiter mit der Aufgabe betraut.

Herr Vollenkemper fragt, warum die Mitarbeiter der Stadtverwaltung diese Aufgabe erfüllen sollen und nicht die Steuerungsgruppe oder der Initiativkreis dies allein bewältigen kann?

Frau Brommann antwortet, dass eine der Voraussetzungen zum Titel „Fair Trade Town“ ist, dass der Ansprechpartner bei der Stadtverwaltung vorzufinden ist. Sie fügt an, dass dieses Projekt als verantwortungsvolle Stadt wahrzunehmen ist.

Herr Austrup weist darauf hin, da der Rat in seiner letzten Sitzung keinen Beschluss gefasst hat, nimmt der Ausschuss heute lediglich Kenntnis.

Frau Kohlen sagt, dass es durchaus sinnvoll sei, wenn die Stadt die Federführung in der Hand hat und das Projekt betreut und es wurde aus ihrer Erfahrung nicht als große zusätzliche Belastung empfunden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5. Sachstandsbericht zu geplanten Baum- und Strauchpflfegemaßnahmen Vorlage: M 2014/012/3183

Sachverhalt:

Herr Becker, Leiter des FD Baubetriebshofes / Grünordnung teilt mit, dass der Wegfall der Baumschutzsatzung kaum Auswirkungen auf das Handeln des Baubetriebshofes hat, da grundsätzlich die Pflicht zur Baumkontrolle gem. Baumkontrollrichtlinie besteht und sich daraus ggf. Handlungsbedarf im Hinblick auf die Verkehrssicherungspflicht (VSP) ergibt.

Sofern eine Schädigung eines Baumes festgestellt wird, muss dieses dokumentiert und Behandlungsmaßnahmen festgelegt werden. Bei Bedarf wird ein Gutachter hinzugezogen.

Die Bäume an den Hauptverkehrsstraßen befinden sich überwiegend in keinem guten Zustand. Ursächlich sind zum Einen Tiefbauarbeiten von Versorgungsträgern im stammnahen Bereich und zum Anderen der Winterdienst mit häufigen Streusalzeinsätzen insbesondere dann, wenn einem intensiven Winter ein trockenes Frühjahr folgt und die Salzkonzentration in Boden nicht ausgewaschen werden kann.

Er führt aus, dass eine Eiche an der Ecke „Zur Axt“ / „Wiedenbrücker Straße“ gefällt werden muss, da diese abgängig sei. Gleiches gilt für einen Zuckerahorn im Jahnstadion. Die Baumart Zuckerahorn kann man als eine Modepflanze aus den 70er Jahren bezeichnen, verursacht jedoch durch ihr ausgeprägtes Wachstum häufig Probleme, da diese eigentlichen Park- und Landschaftsbäume für Standorte an öffentlichen Einrichtungen wie z.B. Schulen in den meisten Fällen nicht geeignet sind. Den erforderlichen Rückschnitt verträgt diese Baumart nicht gut, muss daher häufig nachbehandelt werden. In vielen Fällen muss ein betreffender Baum dann letztendlich doch gefällt werden. Neben den o. g. Bäumen sind noch ca. 20 Pappeln am Ernstingweg zu fällen, da diese durch häufigen Astbruch von Starkästen die Verkehrssicherheit gefährden.

Im Zeitraum bis Ende Februar müssen turnusmäßig Strauchbestände durch Verjüngungsschnitte ausgedünnt werden, damit sie insbesondere im Bereich von Geh- und Radwegen nicht zu Gefahrenpunkten durch Sichtbehinderungen führen.

Herr Opitz fragt, wie viele Bäume nach der Fällung aufgeforstet werden?

Herr Becker antwortet, dass, außer in Waldgebieten, Ersatzpflanzungen durchgeführt werden.

Herr Bleß fragt, warum ein Baum an der Geiststraße farblich markiert wurde?

Herr Becker sagt, dass markierte Bäume behandelt werden müssen. Da dieses im Herbst durch Fachfirmen erfolgt, dienen die Markierungen zur Kennzeichnung.

Herr Bleß fragt, in welcher Höhe sich die Rückschnittkosten belaufen?

Herr Becker antwortet, dieses sei pauschal nicht zu beantworten, weil es sich jeweils um eine Einzelfallentscheidung handelt, die mit Fachverstand und Augenmaß getroffen werden muss. In manchen Fällen ist es jedoch sinnvoller, einen Baum umgehend zu fällen als ihn jahrelang zu behandeln, zu pflegen mit dem Ergebnis ihn dann später doch eventuell fällen zu müssen.

Herr Austrup fragt, ob sich der Baubetriebshof bei diesem umfangreichen Programm auch Dritter bedient?

Herr Becker bejaht dies. Forst- und Baumfällarbeiten werden grundsätzlich von Fachbetrieben durchgeführt, da die Maschinen- und Gerätetechnik beim Baubetriebshof nicht zur Verfügung steht. Strauchschnitt wird i.d.R. vom Baubetriebshof durchgeführt, da in vielen Bereichen Großgeräte nicht zum Einsatz kommen können, weil sie zu große Schäden an der Infrastruktur anrichten würden.

Herr Kummer fragt, welche Maßnahme am Rembrandtweg geplant ist?

Herr Becker antwortet, dass die Bäume/Sträucher maßvoll zurückgeschnitten werden.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6. Vorstellung der Ergebnisse der 4. Fortschreibung des Energieberichts für das Jahr 2013

Vorlage: M 2014/012/3171

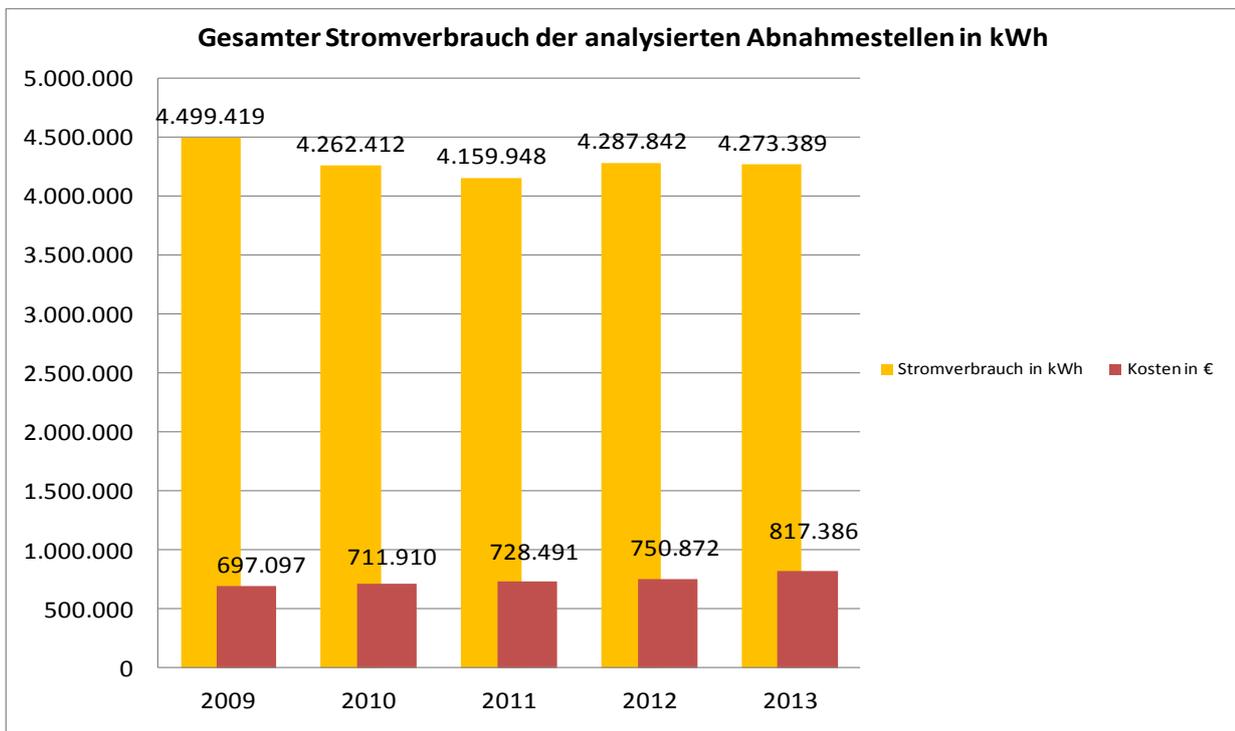
Sachverhalt:

Herr Langer berichtet darüber, dass der Energiebericht in der vierten Fortschreibung für das Jahr 2013 nunmehr fertiggestellt werden konnte. Der Energiebericht ist in vollständiger Form mit Informationen zu jedem Objekt auf insgesamt über 160 Seiten im Internet einsehbar.

In der Sitzung wird im Rahmen eines mündlichen Vortrages nur auszugsweise auf die Entwicklung der Gesamtverbräuche aller Energieträger und einige besondere Auffälligkeiten an einzelnen Objekten näher eingegangen.

Stromverbrauch:

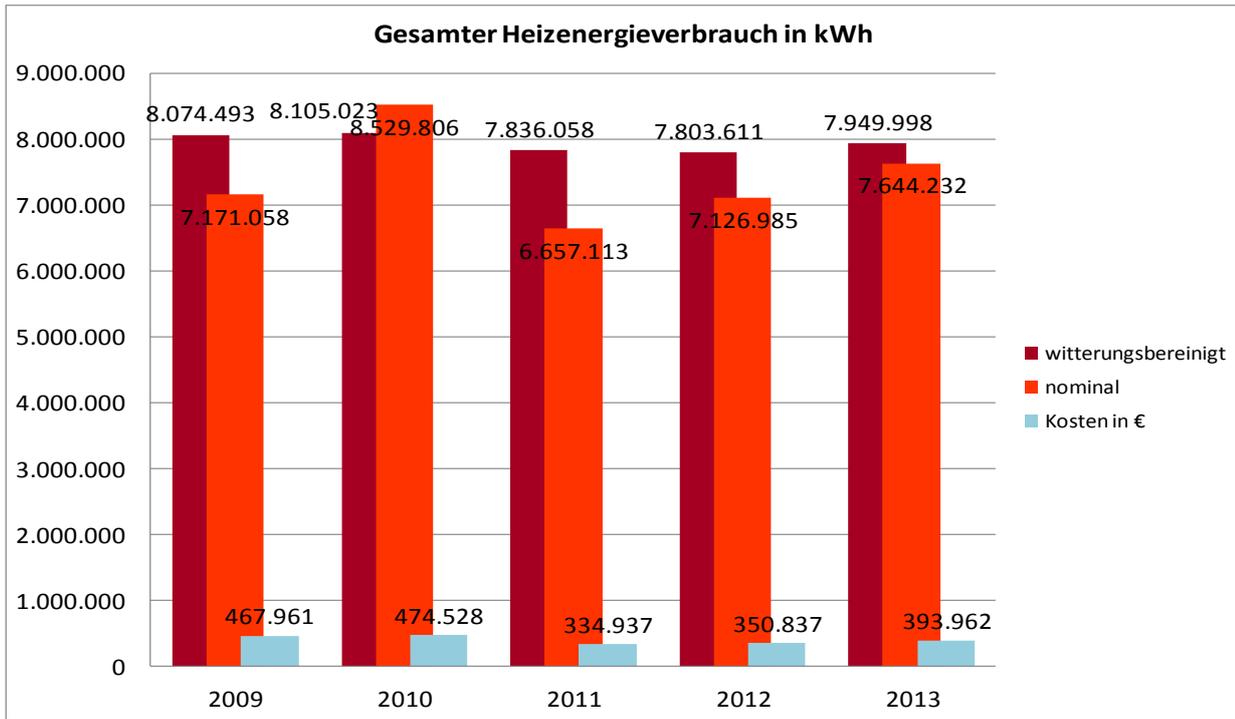
Die Kosten für den Gesamt-Strombedarf sind von 2009 zu 2013 aufgrund von erhöhten Steuern und Abgaben deutlich angestiegen, obwohl der Verbrauch im gleichen Zeitverlauf rückgängig ist.

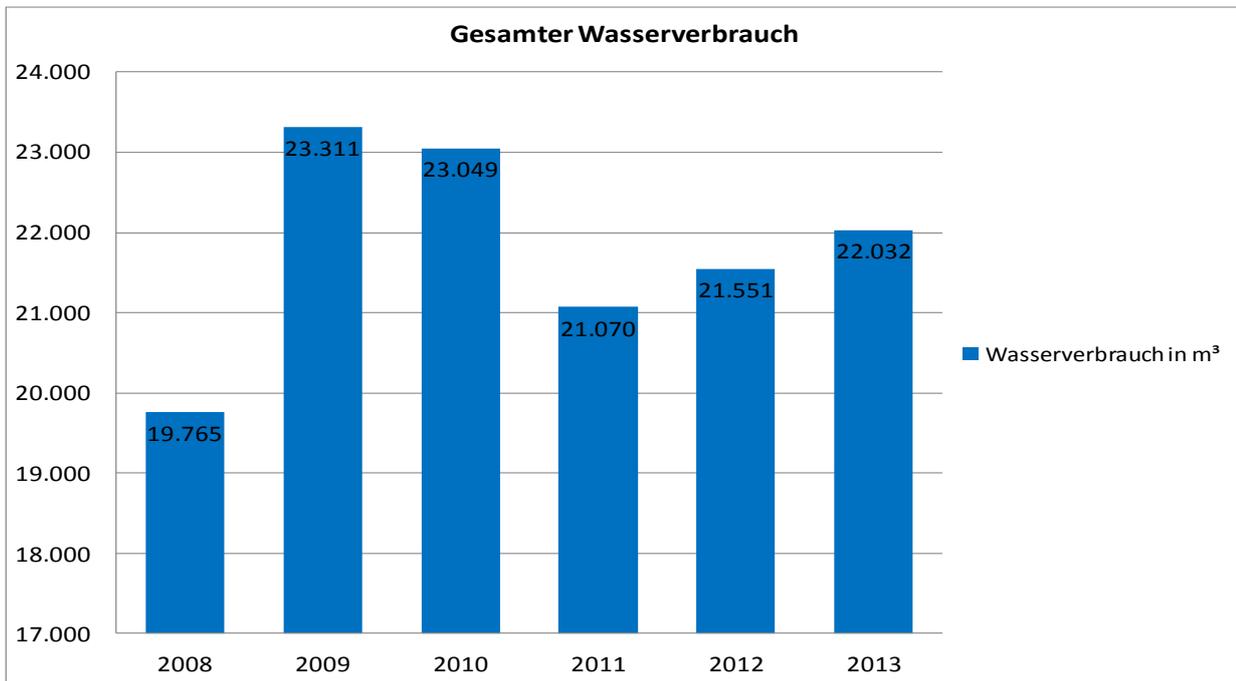


Heizenergiebedarf:

Die Heizkosten sind in Summe im Verhältnis zum nominalen Verbrauch in den letzten Jahren nahezu konstant geblieben, seit 2009 sogar gesunken. Dies spiegelt die sehr günstigen Einkaufskonditionen im Rahmen der europaweiten Ausschreibungen wider.

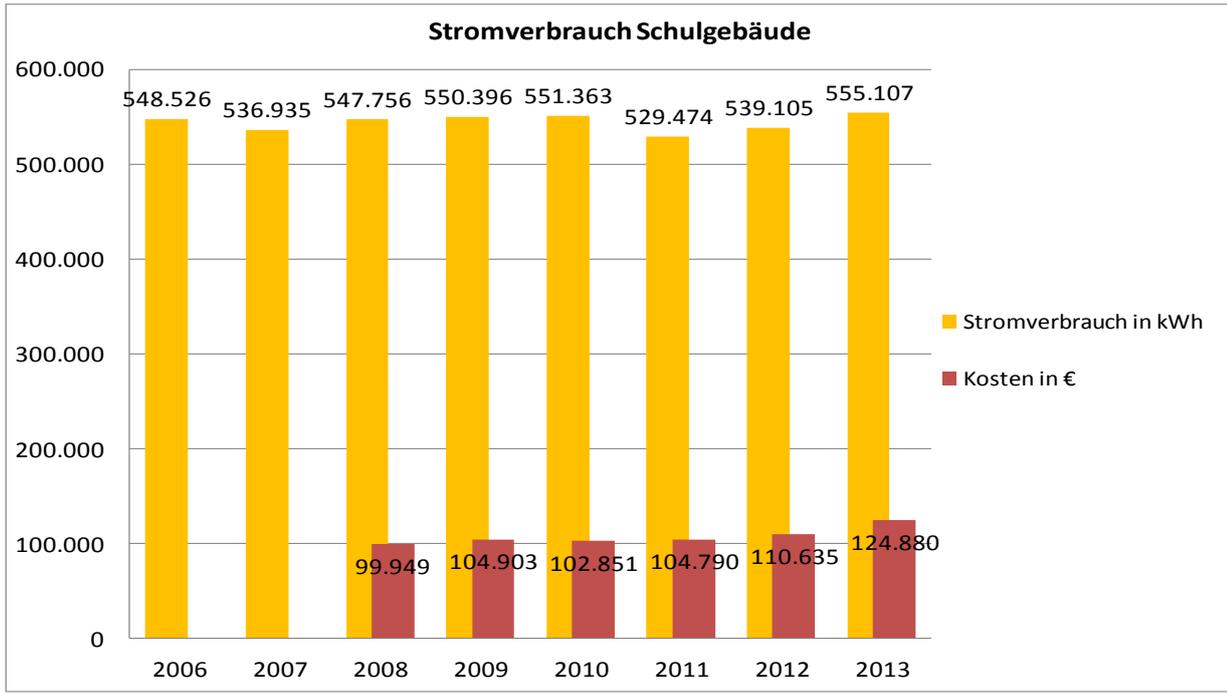
Es ist zu erkennen, dass sich nach erfolgter Witterungsberichtigung sehr konstante Verbräuche zeigen.



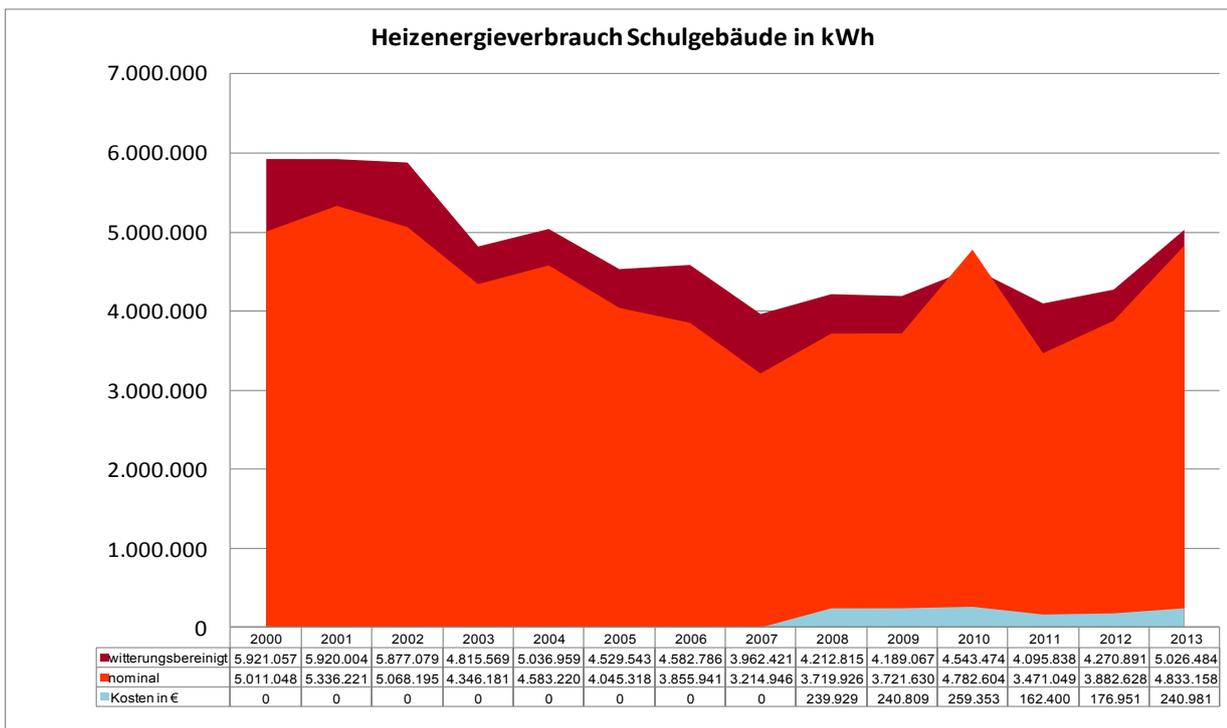
Wasserverbrauch:

Der Wasserverbrauch ist wegen des zunehmenden Ganztageschulbetriebes und der Bewässerung des Kunstrasenplatzes am Jahnstadion in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen.

Stromverbrauch Schulgebäude:



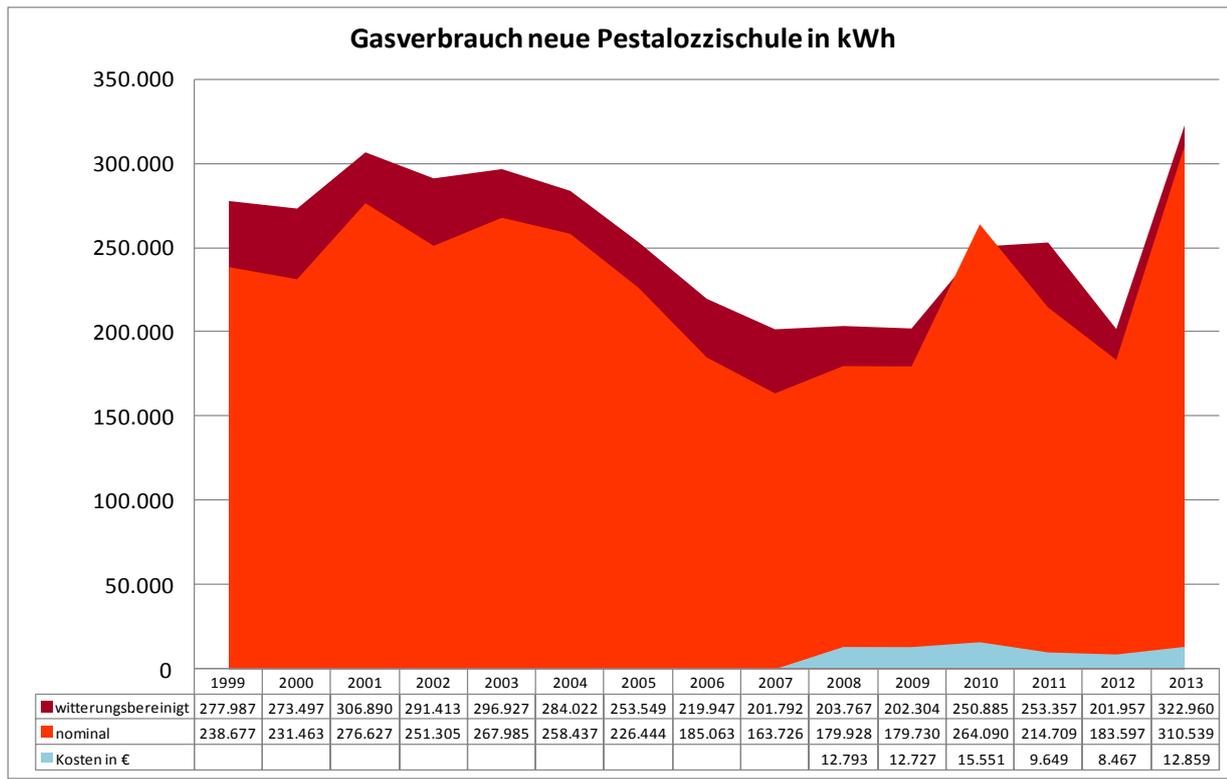
Heizenergieverbrauch Schulgebäude



Herr Langer verweist auf die auffälligen Verbrauchssteigerungen in besonders kalten Wintern (2010). Es

zeigt sich, dass aufgrund schlecht gedämmter Fassaden bei extremen Temperaturdifferenzen zwischen innen und außen überproportional hohe Wärmeverluste eintreten.

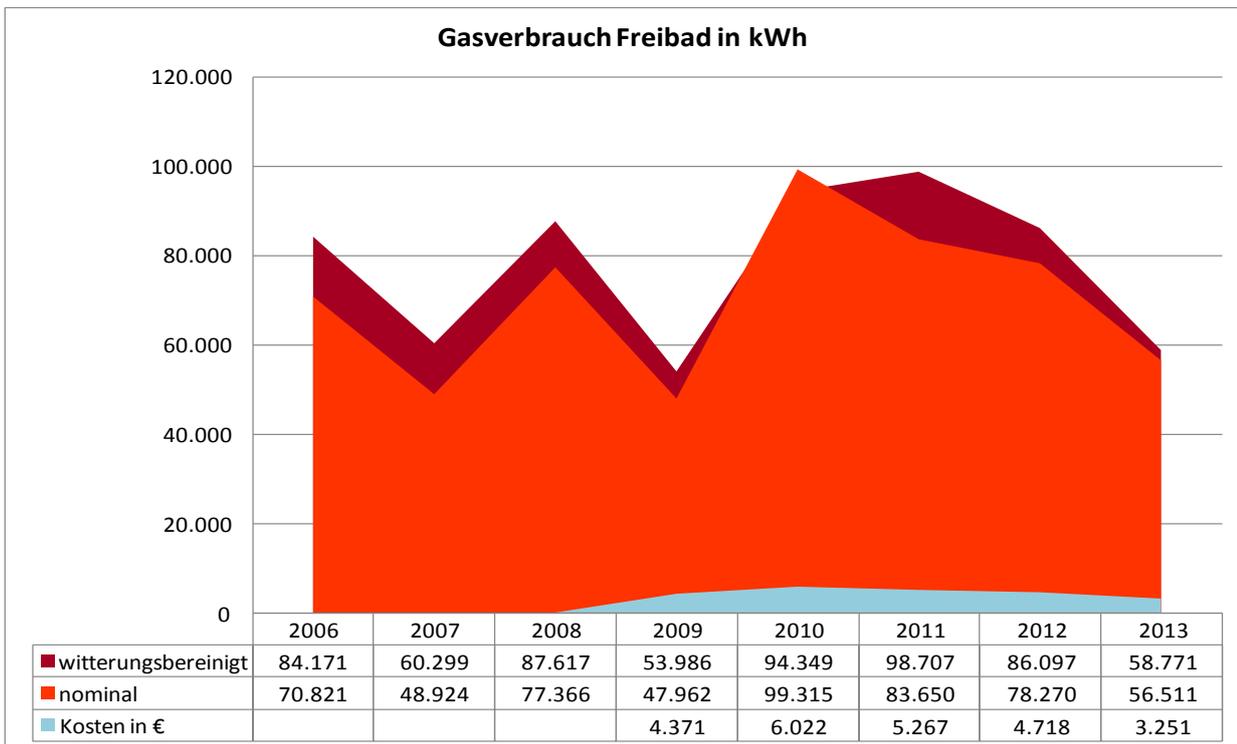
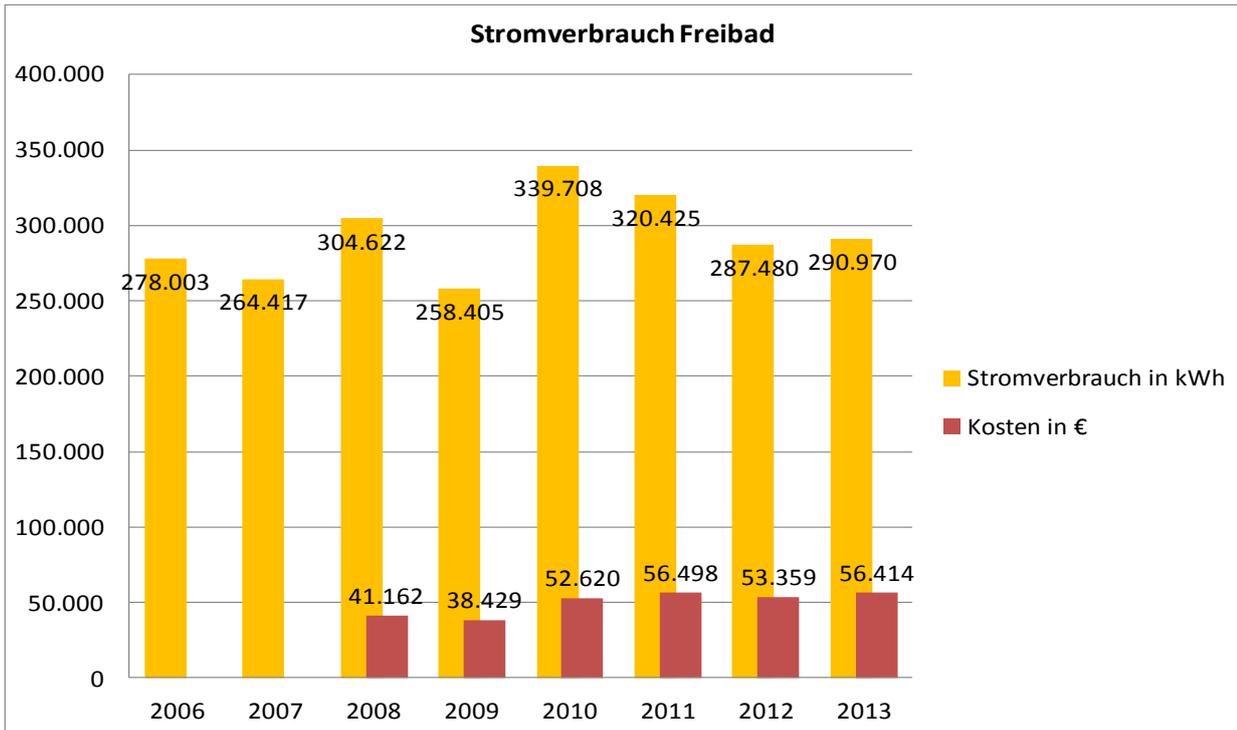
Er sagt, dass man sich hier die Frage stellen muss, ob man bereit ist, zusätzliche finanzielle Mittel für die Sanierungen der Gebäude einzuplanen oder es in Kauf nimmt, dauerhaft jährlich höhere Heizkosten zu zahlen. Die Gaskosten je KW/h sind wegen des niedrigen Energiepreises rückläufig.



Freibad:

Am Freibad ist geplant, die vorhandene Wärmepumpe wegen der auslaufenden Zulassung des Kältemittels im Jahr 2015 durch ein BHKW in Kombination mit einem Spitzenlastkessel zu ersetzen.

Um die Investitionskosten zu minimieren, soll sich das BHKW mobil auf einem Anhänger befinden, um wechselseitig im Hallen- und Freibad eingesetzt zu werden. Die stationären Spitzenlastkessel können an beiden Objekten entsprechend kleiner dimensioniert werden.



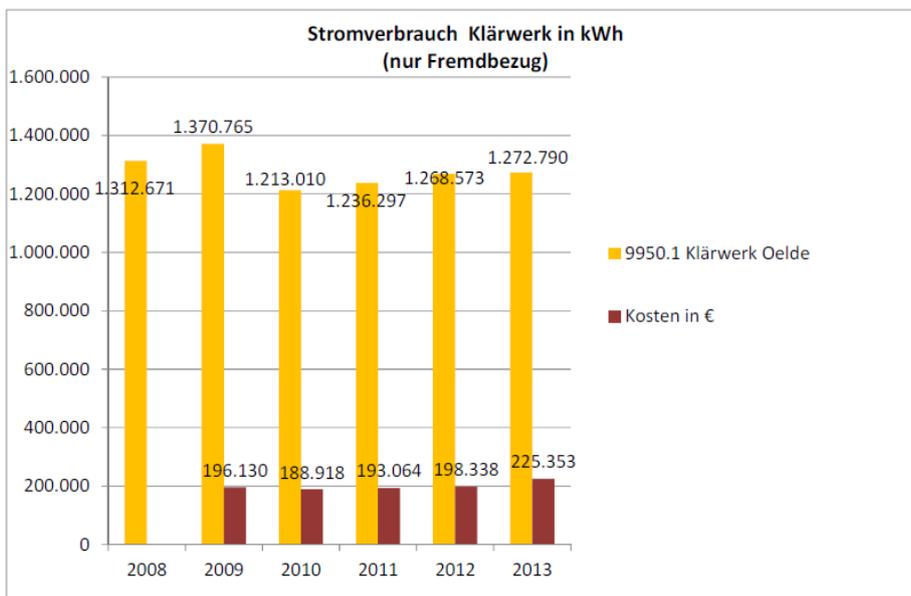
Klärwerk:

Das Klärwerk Oelde hat derzeit einen Fremdbezug von Strom von rund 1.270.000 KW/h jährlich. Hinzu kommt ein Eigenstromverbrauch aus dem vorhandenen BHKW.

Das vorhandene BHKW besteht aus zwei Modulen und erzeugt ca. 360.000 KW/h Strom. Insgesamt beträgt der Strombedarf des Klärwerkes somit ca. 1.630.000 KW/h jährlich.

Im Jahr 2015 soll ein neues effizienteres BHKW das vorhandene ersetzen. Ziel ist es, hierdurch einen höheren Eigenstromanteil aus dem anfallenden Klärgas nutzbar zu machen und den Strombezug zu senken.

Derzeit werden die nicht nutzbaren Überkapazitäten an Klärgas abgefackelt. Das neue BHKW kann die Leistung modulieren und somit dem schwankendem Klärgasanfall anpassen.

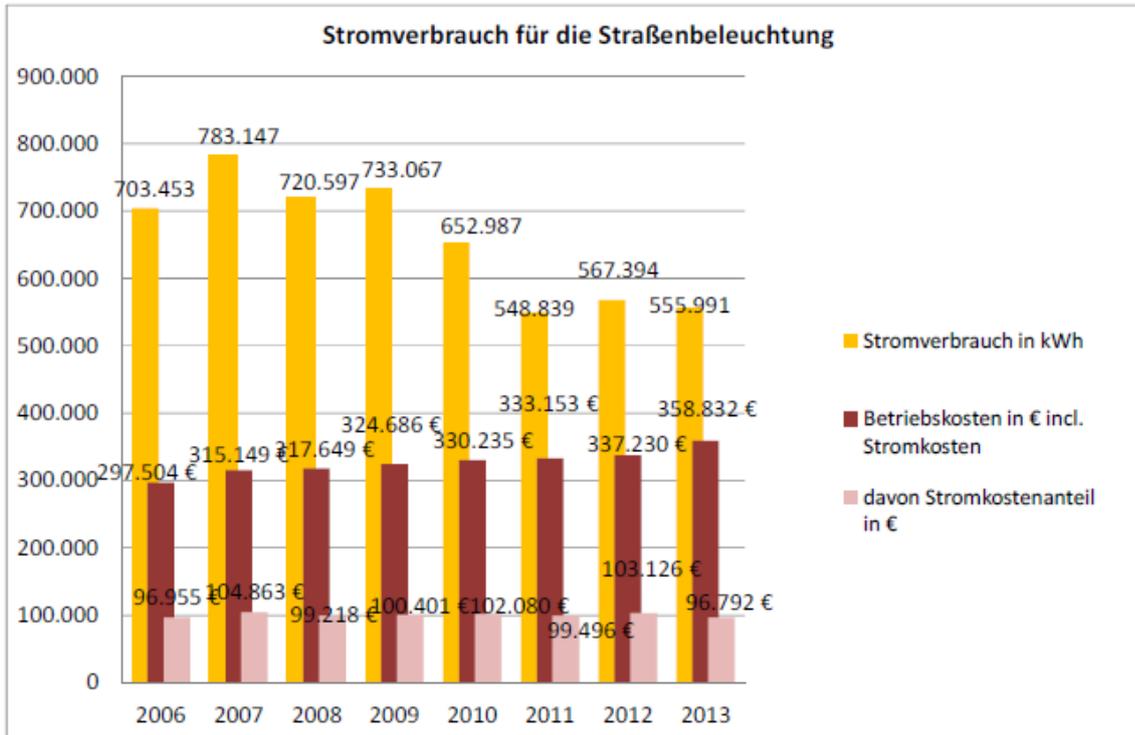


Das am Klärwerk vorhandene BHKW (Blockheizkraftwerk) erzeugte folgende Strommengen:

2008	2009	2010	2011	2012	2013
365.700 Kw/h	298.962 Kw/h	406.696 Kw/h	381.034 Kw/h	364.397 Kw/h	359.859 Kw/h

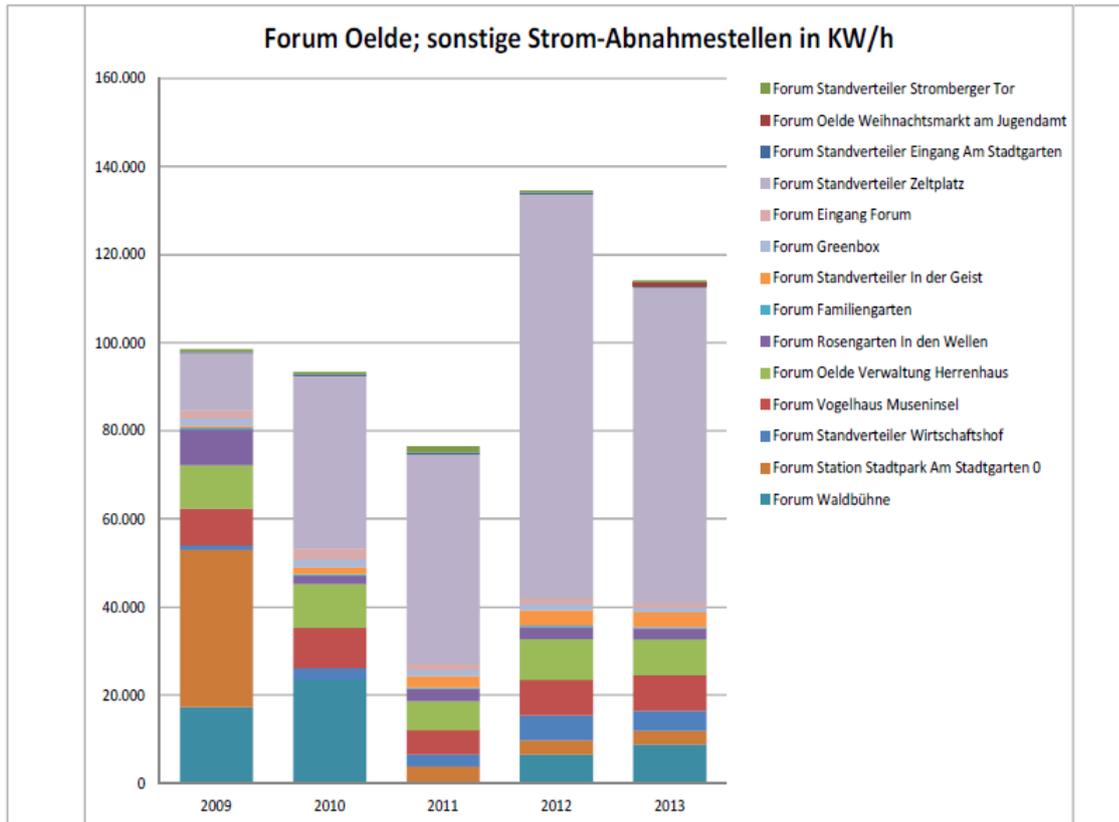
Straßenbeleuchtung:

Bei der Straßenbeleuchtung zeigt sich seit dem Jahr 2010/2011 ein stark rückläufiger Verbrauch. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass die Straßenbeleuchtung nur noch durchgehend in dem einflammigen Betrieb der Nachtabsenkung betrieben wird. Ergebnis ist allerdings auch eine deutlich wahrnehmbare Absenkung der Beleuchtungsstärke in den Abend- und Morgenstunden.



Forum Oelde:

Das Forum Oelde verbraucht jährlich ca. 120.000-135.000 Kwh Strom, die Eisbahn alleine ca. 70.000-80.000 Kwh jedes Jahr.



Thomas-Morus-Gymnasium:

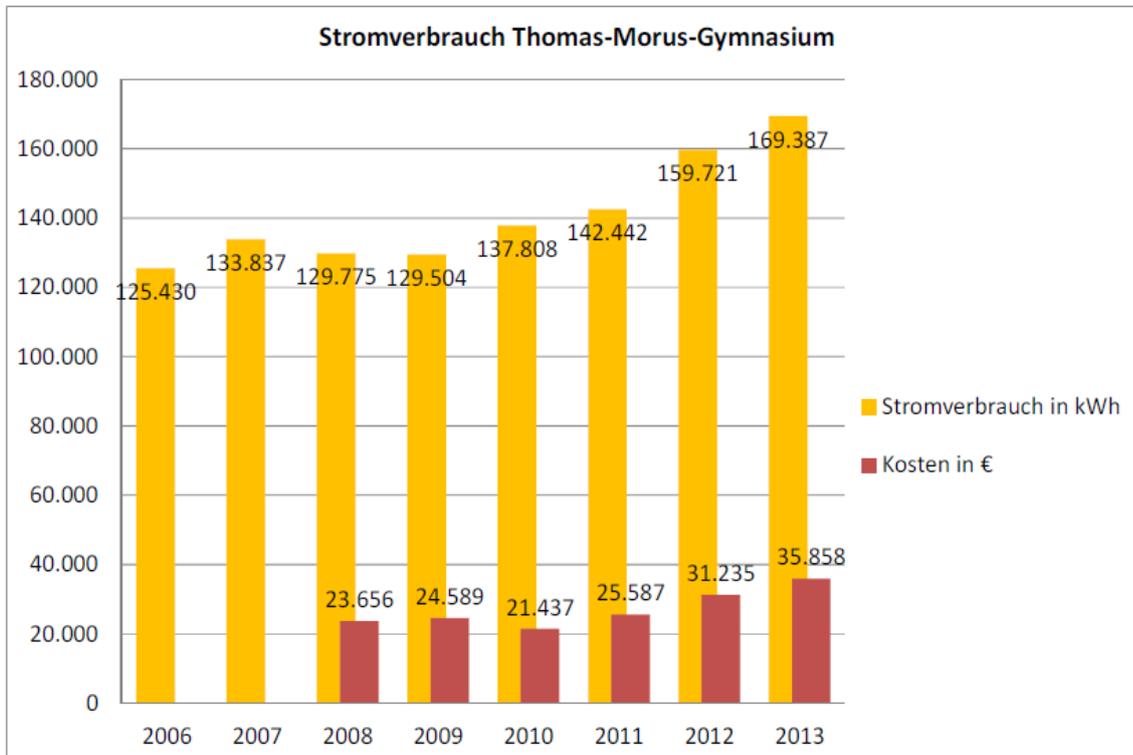
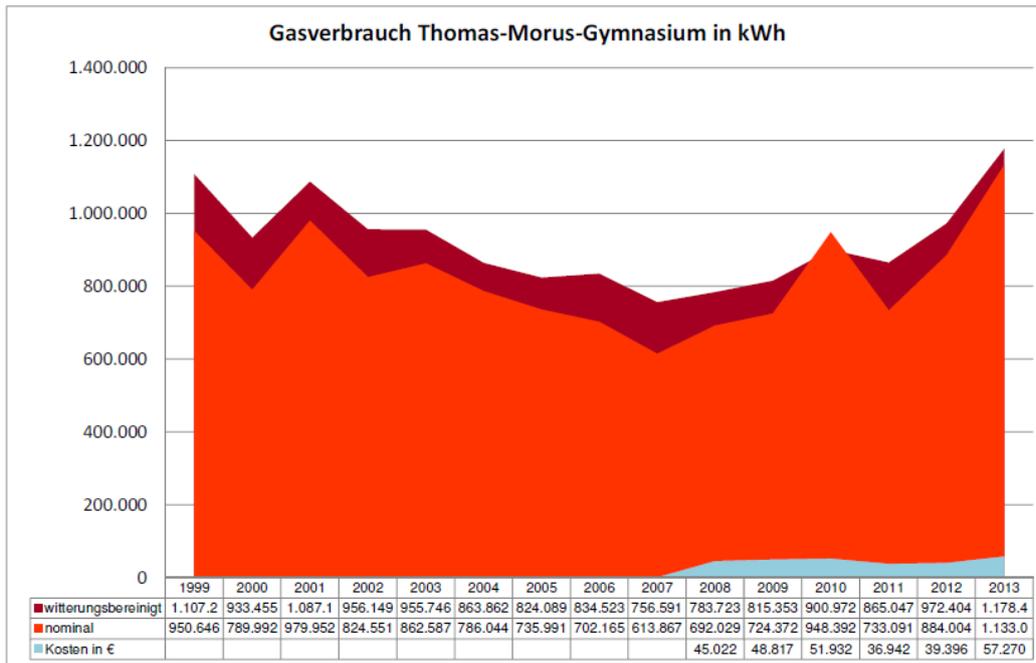
Einige Gebäude des Thomas-Morus-Gymnasiums sind nahezu 60 Jahre alt und als schlecht gedämmt einzustufen, d. h. durch die Außenfassade entweicht sehr viel Wärmeenergie.

Es ist daher geplant, die Fördermittel aus dem Klimaschutzprogramm hier gezielt einzusetzen.

Es soll eine Fassadendämmung in Verbindung mit einer Holzpellettheizung zum Einsatz kommen.

Durch den Einsatz von Holzpellets als regenerativen Energieträger kann der Nachweis erbracht werden, die zwingende Fördervoraussetzung einer 70% CO² Einsparung am Objekt zu erreichen.

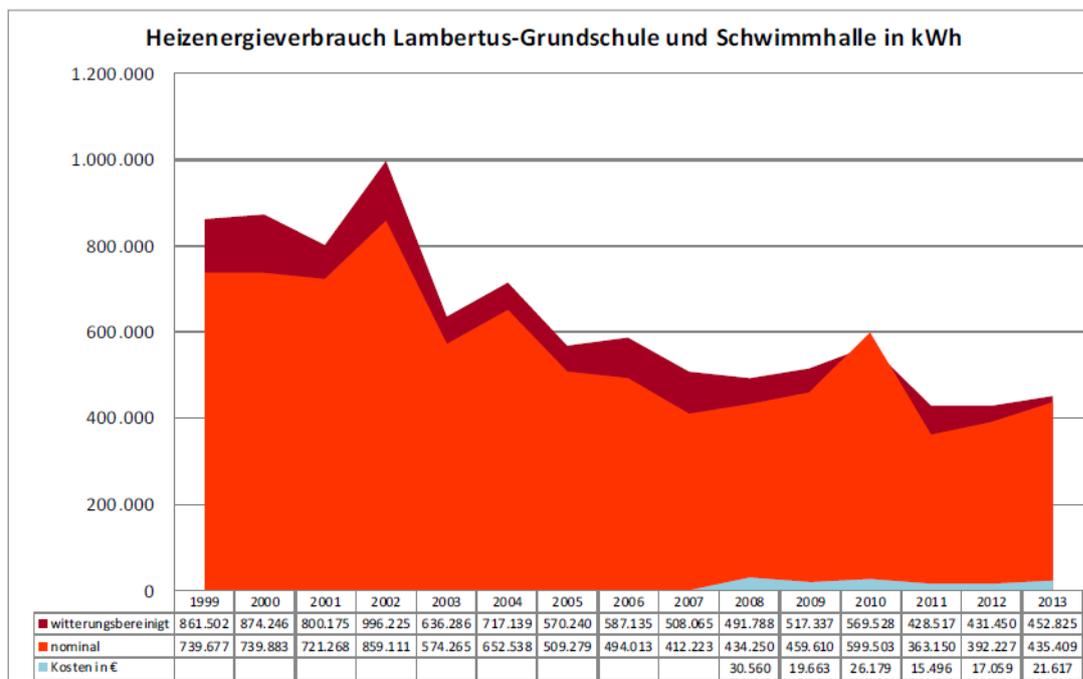
Die in den letzten Jahren stark steigenden Strom- und Wärmebedarfe sind auf den Ganztagsunterricht zurückzuführen, der zunehmend zu einer intensiveren und längeren Nutzung des Gebäudes führt. Ferner erfordert die Essenszubereitung erhöhte Bedarfe an Strom.

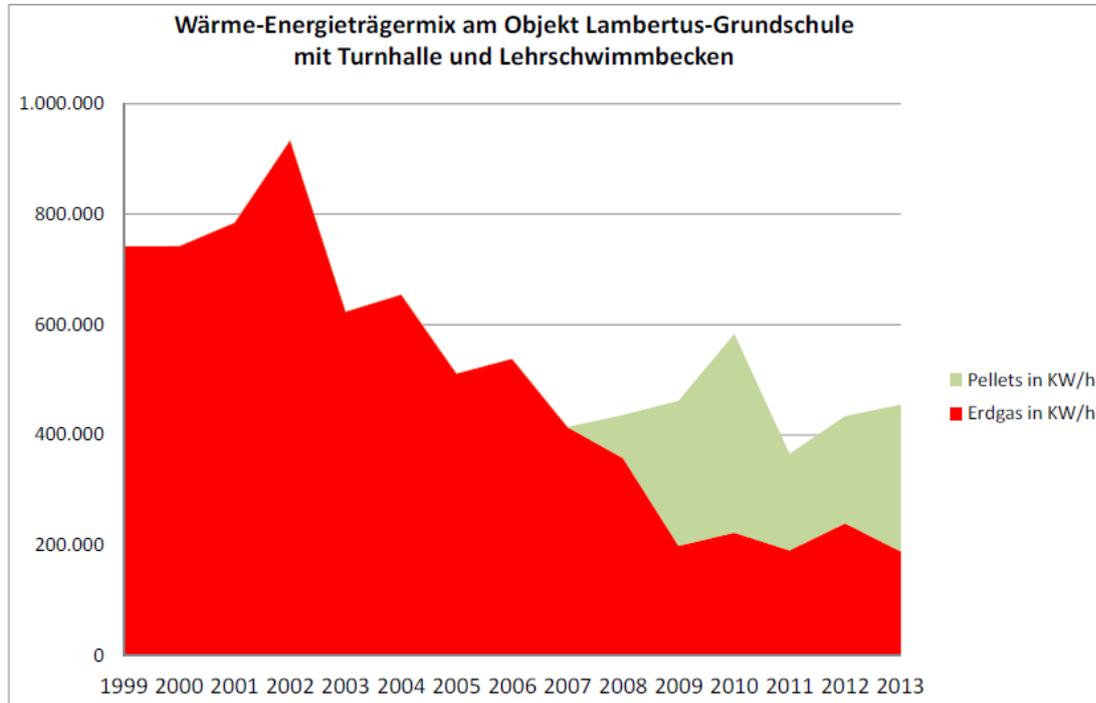


Lambertusgrundschule Stromberg:

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion um eine mögliche Schließung des Lehrschwimmbeckens zeigt Herr Langer abschließend auch die Verbrauchskurven der Lambertusschule Stromberg.

Er erläutert hierbei, wie sich die Kosten für den Wärmebedarf an dem Objekt seit der Umstellung auf die Holzpellettheizung entwickelt haben.





Frau Brommann dankt Herrn Langer für den Vortag und macht deutlich, dass es trotz aller Erfolge auch weiterhin wichtig sei, weitere Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen und zu versuchen, die laufenden Kosten zu senken.

Z. B. verursacht das Flutlicht auf dem Feuerwehrgelände des Feuerwehrgerätehauses Keitlinghausen hohe Kosten.

Desweiteren fragt sie, ob es nicht kostengünstiger wäre, wenn man die Straßenbeleuchtung auf die hellere LED – Technik umstellt, und ob man für die Bewässerung des Kunstrasenplatzes statt teuren Trinkwassers nicht auch Regenwasser nutzen kann.

Herr Langer antwortet, dass in Oelde bereits an Kreuzungen, Kreisverkehren und in Neubaugebieten LED-Straßenlaternen zum Einsatz kommen. Im Moment sei das Tauschen der Beleuchtungsmittel flächendeckend noch zu kostenintensiv und daher nicht wirtschaftlich.

Weiter sagt er, dass zum Bewässern des Kunstrasenplatzes zum Teil Regenwasser genutzt wird, aber das vorhandene Regenwasser für eine Bewässerung des Platzes entsprechend des Spielbetriebes nicht ausreicht.

Grundwasser, wie auch Wasser aus dem nahen Bergeler Bach, kommt hingegen zur Bewässerung des Kunstrasens nicht in Frage, um keine Verfärbungen des Belags zu riskieren (eisenhaltig, bzw. verschmutzt).

Ob sich der Einsatz von LED Lampen bei gleichzeitig erhöhten Anschaffungspreisen in den jeweiligen Beleuchtungssituationen amortisiert, wird bei jeder Beschaffungsmaßnahme anhand der zu erwartenden Beleuchtungsdauer, der möglichen Verbrauchsreduktion im Verhältnis zum erhöhten Anschaffungspreis berechnet.

Herr Austrup fragt, warum das neue BHKW für die Kläranlage in diesem Jahr mit 300.000 € und nächstes Jahr mit 500.000 € im Haushaltsplan veranschlagt wird.

Herr Abel antwortet, dass das Ausschreibungsergebnis trotz Vorkalkulation viel zu hoch ausgefallen sei und die Ausschreibung anschließend aufgehoben wurde. Nun wurde der Ansatz erhöht, dennoch sei die Investition wirtschaftlich und es ergibt sich ein Gewinn von ca. 30.000 €, da Fremdbezug entfällt.

Frau Brommann fragt, ob es nicht sinnvoll wäre, eine größere Zisterne am Jahnstadion zu installieren.

Herr Becker sagt, dass sich eine neue größere Zisterne sich nicht rechnet.

Herr Opitz erkundigt sich danach, inwieweit bei Sanierungen Bewegungsmelder eingebaut werden.

Herr Langer antwortet, dass dies grundsätzlich überall dort gemacht wird, wo sich dies durch die Art und Häufigkeit der Nutzung der Räume anbietet.

Herr Austrup fragt, ob an der neuen Feuer- und Rettungswache LED Laternen im Außenbereich geplant seien.

Herr Langer antwortet, dass dies nicht grundsätzlich der Fall sei, da die erhöhten Investitionskosten von LED Laternen im Verhältnis zur eingesparten Energiemenge bei kurzen Betriebslaufzeiten keine Wirtschaftlichkeit erwarten lassen.

Allein die Strahler vor den Torausfahrten würden ca. 10.000 € Mehrkosten verursachen, deshalb wird im Außenbereich mit herkömmlicher Beleuchtung geplant.

Anders sieht dies bei innenliegenden Fluren aus, wo Beleuchtungszeiten von bis zu 24 Stunden täglich erreicht werden. Hier sei bei überschaubaren Mehrkosten je Lampe eine Wirtschaftlichkeit gegeben. Folglich sind hier LED Lampen vorgesehen.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7. Verschiedenes

7.1. Mitteilungen der Verwaltung

- Herr Abel teilt mit, dass Frau Gröne ab Anfang März 2015 als Klimaschutzmanagerin bei der Stadt Oelde angestellt sei. Weiter sagt er, sie sei gebürtige Oelderin und hat die letzten Jahre in Offenbach einige Klimaprojekte betreut.
- Der Klimaschutzpreis 2014 wurde noch nicht vergeben. Falls jemand einen Vorschlag nennen möchte, bitte bei der Stadtverwaltung melden.
- Gegen das Windvorranggebiet „Am Landhagen“ gibt es keine direkte Stellungnahme, allerdings gibt es einen starken Widerspruch seitens der Bevölkerung, welchen die Bezirksregierung aufgenommen hat.

Frau Brommann sagt, dass die Zeit zur Vergabe des Klimaschutzpreises 2014 bis Ende dieses Jahres zu kurz sei.

Herr Gette schlägt vor, dass die Frist bis zur Vergabe des Preises stets bis Anfang März eines Jahres verlängert werden sollte.

Frau Brommann befürwortet dies.

Herr Austrup fragt, wie lange der Vertrag der Stelle als Klimaschutzmanagerin läuft?

Herr Abel antwortet, dass diese Stelle der Klimaschutzmanagerin vom Land für drei Jahre bezuschusst werde und der Vertrag auf diese Zeit befristet sei.

7.2. Anfragen an die Verwaltung

Marita Brommann
Vorsitzende

Petra Dieckmann
Schriftführerin